

# **Gerechtigkeit kennt keine Grenzen! Armut in Europa und Niedersachsen überwinden.**

Seit 2009 – dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise – haben Armut und Arbeitslosigkeit in der EU massiv zugenommen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat einen Höchstwert von 23 Prozent in der EU erreicht, 63 Prozent in Griechenland. Mit insgesamt 26 Millionen Menschen ohne Arbeit ist die Arbeitslosigkeit so hoch wie noch nie seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Zusätzlich hat sich die Kluft in Europa in den Krisenjahren vertieft. Deutschland steht mittlerweile in der Kritik, durch Lohndumping Arbeitslosigkeit in den Rest Europas zu exportieren, während Länder wie Griechenland oder Spanien immer tiefer in die Krise stürzen. Aber auch Deutschland ist keine Insel der Glückseligen. In Niedersachsen nimmt die Armut wieder zu, mittlerweile ist fast jeder sechste Niedersachse von Armut bedroht. Da Europa über alle Grenzen hinweg immer enger zusammenwächst, werden auch die Folgen von EU-Politik direkt in den Regionen erfahrbar, wie man am Beispiel der sogenannten „Armutszuwanderung“ sieht.

Die Unterzeichnenden sehen mit großer Sorge die unsozialen Folgen der rigorosen EU-Kürzungspolitik zu Lasten der Menschen vor allem in den Krisenländern: Zusammenbruch der medizinischen Versorgung, immer mehr Obdachlosigkeit und steigende Selbstmordraten. Was vor der Krise undenkbar schien, ist heute in vielen Ländern Europas Alltag: Nicht nur die relative Armut, sondern die absolute Armut hat Einzug in viele Haushalte gehalten. Immer mehr Menschen leiden Hunger und sind auf Lebensmittelspenden angewiesen, um überhaupt zu überleben. Das Rote Kreuz verzeichnet eine Zunahme der Menschen, die um Lebensmittelspenden nachfragen, um 75% seit 2009. Die ökonomische Perspektivlosigkeit zwingt zudem Hunderttausende Menschen in der Europäischen Union, ihre Heimat zu verlassen und zum Beispiel in Deutschland Arbeit zu suchen.

Statt die tatsächlichen Ursachen der europäischen Krise – wie den unregulierten Finanzsektor, massive Ungleichheit, enorme Handelsbilanzdifferenzen, Bankenrettung zu Lasten der Allgemeinheit – anzugehen, wurden die Probleme von vielen EU-Regierungen auf eine Staatsschuldenkrise reduziert. Deshalb wurde als Lösung vor allem auf die Kürzung öffentlicher Dienstleistungen gesetzt. Diese haben nachweislich die Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern massiv verschlechtert und keinerlei Rücksicht auf Menschenrechte, wie das Recht auf Wohnung, auf Nahrung und auf eine gute Gesundheitsversorgung, genommen.

Daher fordern die Unterzeichnenden einen grundlegenden Kurswechsel in der europäischen Politik. Wir erwarten von allen Mitgliedern des EU-Parlamentes, der EU-Kommission und den nationalen Regierungen, dass sie die sozialen Menschenrechte der Einwohner der EU wieder schützen und sich dringend dafür einsetzen:

- dass alle Menschen in der EU, die sich nicht selbst versorgen können, eine existenzsichernde Grundsicherung erhalten. Diese muss den Unterhalt einer angemessenen Wohnung ermöglichen sowie eine Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen Leben zulassen;
- dass die EU ein umfassendes Investitions- und Beschäftigungsprogramm auflegt, um die Arbeitslosigkeit massiv zu senken. Hierzu sind jährliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, soziale Dienste in Höhe von mindestens 3% des EU-Bruttoinlandsproduktes nötig;
- dass höhere Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne eingeführt werden, um die soziale Ungleichheit zu verringern und die öffentlichen Finanzen zu verbessern.

*Hannover, den 20.11.2014*

*Gemeinsame Bündniserklärung anlässlich des Fachtages*

*„Grenzen der Gerechtigkeit? Armut in Europa und Niedersachsen“*

**Landesarmutskonferenz  
Niedersachsen**



**Arbeiterwohlfahrt**



**Caritas in Niedersachsen**



**DGB Niedersachsen-Bremen**



**DKSB Niedersachsen**



**Diakonie in Niedersachsen**



**Paritätischer Niedersachsen**



**SoVD Niedersachsen**



**ver.di Niedersachsen-Bremen**

